

Kommentar zur Gemeindeversammlung vom 12. Oktober 2018

Steuererhöhungen und Einführung des kleinen Sozialismus in Vals

Unglaubliches passiert – und fast niemand widerspricht! In meinen letzten Kommentaren habe ich die Themen eingeleitet¹. Nun, geschätzte Leserin, geschätzter Leser, diesmal lassen sich die zentralen Vorlagen, die unter 'Tourismusfinanzierung' den Valser Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 12. Oktober und den Aktionären der Sportbahnen am 20. Oktober vorgelegt worden sind, nicht kurz kommentieren. Deshalb rate ich euch, eure Lektüre dort zu konzentrieren, wo euer Interesse durch die folgenden Stichworte am meisten geweckt wird:

1. Wie eine touristische Infrastruktur in den Konkurs gefahren wird und niemand dafür verantwortlich ist.
2. Wie die Suche nach einem Weg aus dem Desaster als aufwendiger, demokratischer Prozess inszeniert wird.
3. Welche Prinzipien müssten Rettungsaktionen zugrunde liegen?
4. Die Lösung: Der Service Public und die Einführung des 'kleinen Sozialismus'.
5. Wer soll es bezahlen? - Steuern und Sondersteuern.
6. Die Subventionierung des Skisports: Wer hat's erfunden?
7. Klimaerwärmung – Was ist das?
8. Wie Konzeptlosigkeit privaten Strippenziehern nützt.
9. Wie eine Gemeindeversammlung für 180 Anwesende das heimliche Schreckensereignis bilden kann.

¹ <http://www.forumvals.ch/wp-content/uploads/2018/06/20181805-Kommentar-zur-Gemeindeversammlung-und-Info-Veranstaltung-zur-Rettung-der-Sportbahnen.pdf>
http://www.forumvals.ch/wpcontent/uploads/2018/09/180908_Kommentar_GV_Visit_Vals_17082018.pdf

1. Wie eine touristische Infrastruktur in den Konkurs gefahren wird und niemand dafür verantwortlich ist.

Die Ausgangslage, auf die Bergbahnen bezogen, wird in der Botschaft zur Gemeindeversammlung vom 12. Oktober 2018² an die Stimmberechtigten knapp geschildert. Die bittere Vorgeschichte zeigt eine desaströse Fehlentwicklung der letzten fünf Jahre mit dem ernüchternden Ergebnis eines Verlustes von 3,8 Millionen Franken für die Gemeinde und die Gläubigerbank, einer massiven Entwertung der Aktien und einer gewaltigen Abschreibung des Anlagevermögens um je 90 Prozent.

Die Analyse, wie es in Vals zum Scheitern gekommen ist und wer schliesslich dafür Verantwortung übernehmen müsste, suche ich vergebens. Laut Botschaft hat es mit der ungünstigen Struktur („strukturelles Defizit“) und mit den „Rahmenbedingungen“ zu tun.

Was heisst das? Etwas mehr Information dazu wäre nicht falsch gewesen. Im Allgemeinen hört man, die Gäste seien wählerischer, ihre Zahl gehe zurück, der Schnee fehle oft zum richtigen Zeitpunkt, der Franken sei teuer, die Konkurrenz schlafe nicht, Es gebe ein Überangebot, das Freizeitverhalten habe sich verändert ... Diesen Veränderungen gegenüber stehen die kurze Gondelbahn und drei Schlepplifte, fixe Installationen, deren Betrieb und Unterhalt ebenfalls fixe Kosten verursacht. Die Schere wird grösser zwischen schlechten Rahmenbedingungen und starren Strukturen. Das hätten die verantwortlichen Manager der Bahnen allerdings auch früher merken und angehen können.

Wer wäre so begeistert (oder verrückt), unter schwer ungünstigen Rahmenbedingungen in eine offenbar unbewegliche Struktur zu investieren? Wohl nur, der allergrösste Optimist oder einer, der den Bezug zur Wirklichkeit verloren hat. Die Gemeinde Vals tut es.

2. Wie die Suche nach einem Weg aus dem Desaster als aufwendiger, demokratischer Prozess inszeniert wird.

Die Botschaft vom 12. September vermittelt den Eindruck eines schwierigen Findungsprozesses (Variantenentwicklung, Meinungsbildung, rechtliche Abklärungen), der schliesslich in einen tragbaren, mehrheitsfähigen und zukunftsweisenden Antrag mündet³. Denn, es wird wie ein Mantra wiederholt, ‚der Tourismus hat für Vals eine grosse wirtschaftliche Bedeutung und die Bahn- und Skiliftanlagen gehören zu den wichtigsten Tourismusinfrastrukturen‘. Also ist die Gemeinde zur ihrer Rettung gezwungen, *there is no alternative*, soll Vals nicht untergehen.

Unter diesen Voraussetzungen kann die Lösungsfindung eigentlich nur darin bestehen, herauszufinden, wer diese 'Rettung' finanzieren soll. Das war der Inhalt der vier Varianten, die der Öffentlichkeit vorgelegt wurden.

Die andere, noch wichtigere Infrastruktur, die Therme, erscheint in der Botschaft mit keinem Wort. Das deutet auf das Fehlen einer kohärenten Tourismusstrategie hin. Die Botschaft meint, dass da, wo's am meisten lodert, jetzt dringend saniert werden muss.

² Die Aussagen zur „Botschaft“ beziehen sich in diesem Kommentar auf die „Botschaft des Gemeinderates vom 12. September 2018 zur Gemeindeversammlung vom 12. Oktober 2018 – Tourismusfinanzierung“. Inzwischen gibt es eine „Botschaft – Urnenabstimmung vom 25. November 2018 – Tourismusfinanzierung“. Sie ist nicht Gegenstand des vorliegenden Kommentars.

³ Die Zweitwohner, die in der anfänglich von der Gemeinde bevorzugten Variante 1 steuerlich stark belastet worden wären, gründeten eine Interessengemeinschaft und brachten sich energisch in die Diskussion ein und konnten die Variante schliesslich abschwächen.

3. Welche Prinzipien müssten Rettungsaktionen zugrunde liegen?

Welche Prinzipien sollten bei der Tourismusfinanzierung überhaupt berücksichtigt werden?

- Nutzerprinzip: Wer die Infrastruktur nutzt, bezahlt dafür. Es leuchtet nicht ein, weshalb die Gondel für alle Benutzerinnen und Benutzer gratis sein soll. Diese Gratisoption entzieht zudem der Gemeinde und dem Bahnmanagement wichtige Informationen und Steuerungsmöglichkeiten. Zwischen dem kostendeckenden Bahntarif und dem Nulltarif gibt es zahlreiche Abstufungsmöglichkeiten. Ein attraktiver Preis von, sagen wir, CHF ± 10.-/Fahrt hätte den Effekt, (a) zu erfahren, wer wann wie viel fährt und (b) eines ernstzunehmenden Leistungsanspruchs für die Betreiberin. Der Nulltarif mit garantiertem Betriebsbeitrag als Blankocheck der Gemeinde⁴ steht quer in der Landschaft.
- Korrekte Kostenanlastungssteuer (= Beherbergungsabgabe): Die Sondersteuer ist vertretbar, wo nachgewiesen ist, dass eine „Gruppe von Personen (= Zweitwohnungsnutzer) zu einer bestimmten Aufwendung des Gemeinwesens in einer näheren Beziehung steht als die übrigen Steuerpflichtigen“ (Botschaft vom 12.9., S. 8 oben). Dieser Nachweis wäre noch zu erbringen, denn die Interessenlage bei den neu Besteuernten in Vals ist nicht vergleichbar mit dem „Golfplatz“, der das Valser Modell inspirierte.
- Vorgaben zur Eindämmung der Klimaveränderung. Ja, wenn das ‚Bergdorf‘ zum ‚Klimabergdorf‘ wird, ist ihm internationale Aufmerksamkeit wohl sicherer, als wenn weiterhin Skifahrende vom Dachberg sausen. Die Botschaft spricht mit keinem Wort den Umgang mit diesen übergeordneten Zielen an, wie wenn sich Vals einen Deut darum scheren könnte. Der alpine Skitourismus ist wohl in seiner Pistenvariante und in absehbarer Zeit ein Auslaufmodell, das nicht durch Quersubventionierung besonders gefördert werden sollte. Also: Eine wahre Kostenrechnung für Tageskarten und Saisonabonnements ist notwendig.
- Einheit der Materie. Der Antrag Nr. 6 des Gemeinderats (Botschaft vom 12.9., S. 13) ist, neben seiner Offenheit („... mit einem noch zu bestimmenden Auftragnehmer“), nicht direkt mit dem Sportbahnen verknüpft (s. Botschaft S. 30, Leistungsauftrag) und hätte gesondert behandelt werden müssen.

4. Die Lösung: Der Service Public und die Einführung des 'kleinen Sozialismus'.

Wie kann das Unternehmen gerettet werden? Die Botschaft: Mit einem ‚Service Public‘, der, unabhängig von dessen Benutzung, über Steuern und Sondersteuern finanziert wird. - Bei aller Sympathie für die Idee des Service Public, hier wird sie strapaziert.

Anders als beim 'grossen Sozialismus'⁵, den jene wie der Teufel das Weihwasser fürchten,

⁴ Der Gemeindebeitrag von 900'000.- setzt sich zusammen aus Beherbergungsabgaben (350'000.-), der erhöhten Liegenschaftssteuer (300'000.-) und dem allgemeinen Gemeindehaushalt (250'000.-).

⁵ ... bei dem es um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Abschaffung entfremdeter Arbeit, die Abschöpfung des Mehrwerts zu Gunsten kommunaler Projekte und um den Schutz natürlichen Ressourcen vor der Verwertungslogik des privaten Kapitals geht ...

die den 'kleinen Sozialismus' predigen und aktiv betreiben, geht es bei diesem um die Rettung eines Vorhabens, das zwar nicht gerade als systemrelevant, aber doch als zentral für den Tourismussektor dargestellt wird. Ganz banal: es geht um die Überwälzung von Betriebs- und Spekulationsverlusten auf die Allgemeinheit. Sollte nach der Sanierung die Gewinnzone wieder erreicht werden, ertönt regelmässig der Ruf nach Reprivatisierung.

Dieser 'kleine Sozialismus', allerdings nur der Teil der 'Rettung', wird in der Botschaft als Service Public dargestellt. Fälschlicherweise. Denn die landläufige Idee des Service Public ist anders. Er soll für alle Bevölkerungsschichten, also auch für die weniger bemittelten, und für alle Regionen des Landes, also auch für abgelegene Randregionen, Infrastrukturdienstleistungen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen.⁶ D. h., er hat eine sozial- und regionalpolitische Ausrichtung.

Die Rettung der Manager vor den Folgen ihrer Versäumnisse und ihres Tuns durch die Öffentlichkeit ist in der liberalen Marktordnung jedenfalls nicht vorgesehen.

5. Wer soll es bezahlen? – Steuern und Sondersteuern.

There is no free lunch, meinen die Volkswirtschaftler. Gratis gibt's nichts, jemand muss dafür aufkommen. Auf diesen zentralen Aspekt, hier geht's ums Portemonnaie, hat sich der ganze Prozess der Lösungssuche, mit verschiedenen Alternativen, besonders konzentriert: Wenn nicht Bund, Kanton, eine Gemeindepartnerschaft, ein Gönner/Mäzen/Sponsor einspringen, wer soll dann bezahlen? Klar, die Gemeinde mit ihren Steuerzahlenden, die Gewerbetreibenden und die Zweitwohner. Es wird angenommen, dass zumindest teilweise Kosten auf die Gäste überwälzt werden können.

Jetzt war politisches Geschick gefragt, denn keine Gruppe will bezahlen und jede argumentiert aufgrund einer Vorstellung von Lastensymmetrie. Was ist gerecht? Die Einheimischen liebäugelten damit, besonders die an der Urne benachteiligten Zweitwohner zur Kasse zu bitten. Diese schalteten sich mit Engagement und Fachwissen in die Gespräche ein. Der Gemeinderat präsentierte in der Folge den Grenzfall einer Kostenanlastungssteuer. Denn es kann nicht plausibel nachgewiesen werden, dass die Zweitwohnungsnutzer zu den Valser Sportbahnen in einer näheren Beziehung stünden als die übrigen Steuerpflichtigen, d. h., es gibt kein Argument dafür, sie stärker als die „normalen“ Steuerpflichtigen mit einer Sondersteuer zu belegen.

Es ist in höchstem Mass erstaunlich, wie der Gemeinderat den Stimmberechtigten wesentliche Steuererhöhungen schmackhaft machen konnte, diese in der Gemeindeversammlung unwidersprochen blieben und voraussichtlich an der kommenden Urnenabstimmung vom 25. November angenommen werden.

6. Die Subventionierung des Skisports: Wer hat's erfunden?

Der Preiskampf unter den Skidestinationen ist, ausgehend von Saas Fee, seit zwei Jahren voll entbrannt. Mit Preissenkungen die Nachfrage zu stimulieren kann nur erfolgreich sein, wenn die Nachfrage so stark wächst, dass damit die Umsatzverluste wettgemacht werden,

⁶ «Service public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.» (Bericht des Bundesrats zum Service Public)

die durch die Preissenkungen erzeugt wurden. Das ist die Meinung der Tourismusexperten, die den kleinen Skigebieten eine schwierige Zukunft voraussagen.

"Durch die Klimaerwärmung kommt es immer öfter zur technischen Beschneigung. Auch dadurch wird der Skitourismus – vor allem für tiefer gelegene Gebiete – teurer. Aber: Sollte die Klimaerwärmung gemäss den Prognosen weitergehen, werden auch die höher gelegenen Gebiete mit höheren Kosten für die Beschneigung konfrontiert sein. Das heisst, dass Skifahren in Zukunft teurer wird. Dies führt wiederum zu einer rückläufigen Nachfrage".⁷

Von solchen, allen zugänglichen Überlegungen, steht in der Botschaft nichts. 'Das Bergdorf' hätte am liebsten im Rundschatz alles gratis gemacht. Die jetzige Lösung⁸ finanziert die Betriebskosten nicht. Das ist auch nicht notwendig, denn durch Steuern und Abgaben der Gemeinde werden sie zukünftig gedeckt, unabhängig davon, ob jemand die Bahnen benutzt oder diese leer fährt. Der grosszügige Betriebsbeitrag der Gemeinde subventioniert den Skibetrieb. Die verzwickte Lage ist ehemaligen und kleinen Skidestinationen zum Teil bewusst, die sich für den Ausstieg aus dem 'Brettsport' entschieden haben.

Wer heute eine teure Skiausrüstung kauft, geht ein Risiko ein, weil er diese vielleicht aus Schneemangel nur noch selten nutzen kann und der Preis für diese raren Gelegenheiten eigentlich sehr hoch sein müsste. Dieses Risiko der Allgemeinheit zu übertragen, ist meines Erachtens weder weitsichtig noch wirtschaftlich begründbar.

7. Klimaerwärmung – Was ist das?

Das Internationale Fachgremium für Klimafragen⁹ hat kürzlich seinen Klimabericht vorgestellt. Will man das Klimaziel von höchstens 1,5 °C Erderwärmung ernsthaft erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 58 % fallen! Das ist, denken viele, ein Thema für die grossen Konferenzen und keines für kleine Gemeinden. Doch in der Schweiz sammelt ein „Verein Klimaschutz“¹⁰ Unterschriften für seine „Gletscherinitiative“. Das liegt uns schon etwas näher. Soll sich auch Vals mit der Klimafrage beschäftigen? Bisher tat man es nicht. – Selbstverständlich, meine ich. Denn die Klimafrage trifft ins Herz der Tourismusentwicklung sowie der Alpenentwicklung insgesamt.

Der schneeabhängige Wintersport kann vielleicht schon bald als sichtbares Opfer der Klimaerwärmung dastehen, weil er diese praktisch „am eigenen Leib“ erfährt. Allerdings trägt er zum Teil auch dazu bei.

⁷ Jürg Stettler, Institut für Tourismuswirtschaft an der Hochschule Luzern; <https://www.nau.ch/news/wirtschaft/tourismus-experte-spricht-uber-preiskampf-in-skigebieten-65447876>

⁸ 33.-/Tageskarte, 333.-/Saisonkarte, Kinder gratis

⁹ Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), eine Organisation der WMO (Weltorganisation für Meteorologie) und des Umweltprogramms der UNO (UNEP)

¹⁰ <https://www.klimaschutz-schweiz.ch/#verein> – Initiative: "Das Schwinden der Gletscher bedroht die Bergregionen und hat Auswirkungen auf den Tourismus, die Wasserversorgung und verursacht Schäden in der Landschaft. Wegen des auftauenden Permafrosts müssen Felswände gesichert und ganze Dörfer geschützt werden. Die Gletscher-Initiative bringt die Schweiz auf Klimakurs. Das Ziel: Null CO₂-Emissionen. Das haben die Staaten der Welt in Paris beschlossen, das soll nun auch die Schweiz umsetzen."

Umwelt- und klimaschädigendes Verhalten ist bisher in Vals nur sehr partiell angegangen worden und war in Bezug auf den Freizeitsport (Brettsport...), die Landwirtschaft (Viehbestand, Überdüngung, Gewässerbelastung), den Transport von Personen, Mineralwasser oder Steinplatten kaum ein Thema gewesen. Sollte sich 'das Bergdorf' ganz unerwarteterweise zum umweltbewussten Klimabergdorf wandeln, das bei all seinen Projekten darauf achten würde, den CO₂-Ausstoss signifikant zu reduzieren – die nationale und internationale Beachtung wäre ihm gewiss.

8. Wie Konzeptlosigkeit privaten Strippenziehern nützt.

Die ‚Rettung‘ der Sportbahnen durch Gemeinde und Steuerzahlende wird von der Behörde als Rettungsaktion für den Valser Tourismus präsentiert. Nun ist der Valser Tourismus so vielfältig wie die Gäste, die nach Vals kommen, an Vals denken, Vals mögen oder meiden. Wenn es einen Valser Tourismus geben soll, das heisst, ein von den potenziellen Gästen erkennbares Angebot seiner touristischen Leistungen und Qualitäten, dann braucht es ein von den Tourismusanbietern gemeinsam getragenes Verständnis darüber. Also ein Konzept. Wohin sollen die öffentlichen und privaten Mittel der Tourismusfinanzierung fliessen. Was macht Sinn? Was gehört zum heutigen Standard? Was ist Imitation, was Innovation? Was gibt Profil und macht Freude? – Selbstverständlich kann darüber jedes Hotel auch selber entscheiden und darauf hoffen, dank besonderer Leistungen seine Kapazitäten besser auszulasten als es die andern können.

Glaubt man der Behörde und den Tourismus-Sprechern, ist in Vals der Wunsch nach einem verbindenden Konzept allerdings da. Es war keine gute Erfahrung, dass die das Hotel 7231 einseitig bestimmen konnte, wann das Bad offen ist und als Folge davon, wann die Gondeln fahren. Die leichtfertige Privatisierung des Thermeunternehmens hat die Gemeinde und alle andern Dienstleister der Möglichkeit einer Einflussnahme beraubt. Konzeptlosigkeit fördert die unkontrollierte und private Landnahme und die Verwertung von Ressourcen und Landschaften durch Sonderinteressen. Aufgepasst – die Warmwasser-Piraterie hat es demonstriert!

Die Sportbahnen sind nach der Sanierung buchhalterisch nur noch 10 Prozent ihres bisherigen Wertes wert, auch wenn keine einzige Gondel, kein Mast oder Kabel nach der Sanierung fehlen wird. Es wäre deshalb wenig erstaunlich, wenn ein „Investor“ in einigen Jahren diese wohlfeil just dann erwerben würde, nachdem die Gemeinde alle Infrastrukturen und Anlagen saniert, erweitert und digitalisiert hätte.

9. Wie eine Gemeindeversammlung für 180 Anwesende das heimliche Schreckensereignis bilden kann.

Das Phänomen, dass Stimmberechtigte in einer Halle über mehrere Stunden lang eingeschlossen bleiben, stumm langweiligen Präsentationen von Vorlagen zuhören und diese schliesslich mehrheitlich diskussionslos annehmen, dieses Phänomen verblüfft den neugierigen Beobachter auf der Empore immer wieder. Ist es mit lokaler Gewohnheit, mit Vertrauen in die Behörde und deren Wortführer, mit Müdigkeit und Abhängigkeit, mit Misstrauen, Einschüchterung und Angst zu erklären? Meine bevorzugte These ist gegenwärtig jene der Zuschauerdemokratie.

Wenn man sowieso nichts mehr ändern kann, verkümmert die demokratische Auseinandersetzung zur Zuschauerdemokratie. Die Stimmberechtigten bleiben der Gemeindeversammlung fern oder ziehen sich auf die hinteren Ränge zurück. Sie schauen dem Schauspiel, das sich ihnen bietet, höchstens noch nickend zu oder schütteln resigniert innerlich den Kopf. Sie äussern sich darüber hinaus kaum. Viele, weil sie sich nicht trauen, andere in der Annahme, ihre Meinungen zählten ja doch nichts, sie würde als störend empfunden, seien möglicherweise kontraproduktiv oder würden Nachteile nach sich ziehen.

Die meisten der wenigen Fragen, die aus dem Saal gestellt werden, sind nicht grundsätzlicher Natur und werden kaum ernst genommen. Kommen, was zu wenig geschieht, ein trockener Kommentar oder eine Frage aus einer kritischen Ecke, werden diese mit formellen Argumenten blockiert, damit sie den Ablauf der Versammlung nicht stören. Ein Beispiel dafür war der Umgang mit den von Steuererhöhung und Sondersteuer Betroffenen, jedoch nicht Stimmberechtigten, die neben dem Schreibenden auf der Empore standen und sich mehrmals zu Wort meldeten. Das wurde ihnen verwehrt mit dem Hinweis auf die Gemeindeordnung.

Zum Abschluss der Gemeindeversammlung informierte der Gemeindepräsident unter Varia kurz über die Überführung der Therme in eine von der Gemeinde kontrollierte Stiftung. Nach einer längeren Zeitspanne des Widerstands von Seiten der 7328 komme nun wieder Bewegung in die Verhandlungen, meinte er. – Auf das Ergebnis können die Stimmberechtigten gespannt sein, denn

die Therme gehört dem Dorf,
der Wolkenkratzer nach Dubai. Basta!

Vals, 22.10.2018 – Jean-Pierre Wolf